Wie die Südtiroler Erfolgsband hart am rechten Rand entlangschrammelt > Seite 15

*taz.die tageszeityng

AUSGABE BERLIN | NR. 9967 | 48. WOCHE | 34. JAHRGANG

DIENSTAG, 27. NOVEMBER 2012 | WWW.TAZ.DE

€ 1.90 AUSLAND | € 1.30 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



FRAUEN Feministische Popkultur: Wie Sonja Eismann und Co. um das "Missy Magazine" kämpfen » SEITE 18

TEXTILIEN Brände in Kleiderfabriken: Auch Kik ließ in Bangladesch produzieren > SEITE 2, 14

BERLIN In Marienfelde organisieren Flüchtlinge ihr eigenes Internetcafé > SEITE 21

Fotos oben: privat, Miguel Lope

VERBOTEN

Guten Tag!

Jetzt läuft's. Der Wahlkampf von "Problem-Peer" (Handelsbatt, Bayenkurier) kommt in Gang. Kaum hatte der Kandidat die unwichtige Zielgruppe "Frauen unter 40" offiziell vertrieben ("Ich werde nicht zum Kuschel-Peer"), bekam er im Gegenzug verbotens Unterstützung. Nun melden sich minütlich weitere Fans, die ihn gleich ganz für sich vereinnahmen. "Borussia Dortmund hat sogar einen eigenen Kanzlerkandidaten", so Vereinsboss Watzke stolz über Aufsichtsrat Peer. So sind wir mit Helmut Schmidt schon drei Unterstützer. Wenn das so weitergeht, steigt die Zahl der Steinbrück-Wähler noch bis zu einer kompletten

Altherrenmannschaft.

TAZ MUSS SEIN





KOMMENTAR VON LUKAS WALLRAFF ZUR NUTZUNG DER ATOMKRAFT IN DEN NACHBARLÄNDERN

Mühleberg

Energiewende vorleben

s ist ein Irrsinn. Jeder kleine Gartenbesitzer sollte seine Nachbarn um Erlaubnis fragen, wenn er einen größeren Schuppen bauen will. Der könnte ja die Aussicht stören und zu Klagen führen. Gleichzeitig darf jedes Land weiter direkt an seinen Grenzen einfach so Atomkraftwerke hinstellen, auch in der EU. Und das, obwohl die Reaktoren im Schadensfäll je nach Windrichtung auch die Menschen in den Nachbarländern existenziell bedröhen. Niemand kann etwa die Tschechen daran hindern, ihrem Pannenkraftwerk Temelin zwei weitere hinzuzufügen. Entfernung nach Deutschland: 60, nach Österreich 50 Kilometer.

Da fragt man sich als besorgter Bürger: Muss das einfach hingenommen werden? Was bringt unser feiner Atomausstieg, wenn ringsum die Meiler weiterlaufen? Kann unsere Regierung da nichts tun? Leider wenig. Die Deutschen haben schließlich früher auch nicht nachgefragt, ob es die atomfreien Österreicher stören würde, wenn die Kraftwerke Isar I und II ihr schönes Tirol vestrablen

nes Tirol verstrahlen.
Hilft also nur beten, dass nichts passiert? Und was sollen dann Atheisten tun? Jedenfalls nicht auf die EU hoffen. Im Gegenteil: Würde man zur Zukunft der Atomkraft europaweite Regeln ausverhandeln, wäre der kleinste gemeinsame Nenner eher ein Ausstieg im Jahr 2095 als der deutsche Ausstiegsplan. Die "German Angst" vor der Atomkraft ist für viele Europäer

auch nach Fukushima noch ein Fremdwort. Aber nicht für alle. Und hier kann man ansetzen: So hat der gemeinsame Protest deutscher und französischer Aktivisten ein klein wenig dazu beigetragen, dass das Uraltkraftwerk Fessenheim am Rhein 2016 abgeschaltet wird.

Der wichtigste deutsche Beitrag zum gesamteuropäischen Atomausstieg wäre aber eine gelungene Energiewende im eigenen Land. Die Deutschen sollten ihre Nachbarn nicht wieder belehren, sondern einfach den Beweis erbringen, dass ein Industrieland gut ohne Atomenergie auskommen kann. Auch daran möge man denken, bevor man sich zu sehr über die nächste Strompreissteigerung um 2,50 Euro im Monat aufregt.

Arafat wird aus dem Grab geholt

MORDVERDACHT Experten untersuchen Leichnam des Palästinenserchefs

RAMALLAH taz/dpa | Acht Jahre nach seinem Tod soll der frühere Palästinenserpräsident | Jassir Arafat am Dienstag exhumiert werden. Damit soll geklärt werden, ob der 75-Jährige einem Giftmord zum Opfer fiel. Nach der Öffnung des Grabes in Ramallah wollen Experten aus Frankreich, der Schweiz und Russland Proben der sterblichen Überreste entnehmen. Arafat war 2004 in einer Klinik bei Paris gestorben, die Todesursache wurde nicht zweifelsfrei geklärt. Seither hält sich bei vielen Palästinensern der Verdacht, Israel habe Arafat vergiftet. Dieser Veracht verstärkte sich, als im Juli an Arafats Unterwäsche Spuren von Polonium gefunden wurden.

Tierschützern reicht das Sex-Verbot nicht aus

FREIBURG taz | Der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes bet geplante Verbot von Sex mit Tieren, fordert aber noch strengere Gesetze. "Geldbußen reichen nicht aus", sagte Thomas Schröder der taz. Die sogenannte Sodomie oder Zoophille müsse Straftat werden. Derzeit ist sie nur strafbar, wenn dem Tier "erhebliche Schmerzen oder Leiden" zugefügt werden. Künftig soll Sex mit Tieren generell geahndet werden. Schröder nennt die angekündigte Verfassungsklage der Zoophillen aussichtslos. "Sex von Tieren mit Menschen ist artwidrig, das bestätigen alle Wissenschaftler."

KHR

AN7FIG

Die aktuelle Ausgabe jetzt im Handel erhältlich oder unter www.mare.de



Probeheft anfordern unter www.mare.de/gratishef

NACHRICHTEN

WEIHNACHTSZEIT

TÜV warnt vor gefährlichen Lichterketten



Bei jeder fünften Kette besteh Stromschlaggefahr Foto: ap

KÖLN | Viele elektrische Lichterketten sind gefährlich. Zur Vorweihnachtszeit hat der TÜV
Rheinland wieder einmal solche
Ketten getestet – mit beunruhigenden Ergebnissen. Von 52 geprüften Ketten erfüllten 38 nicht
die Mindestanforderungen der
europäischen Norm. Bei jeder
fünften Lichterkette bestehe sogar akute Stromschlag- oder Verbrennungsgefähr, warnte der
TÜV gestern in Köln. Hier ließen
sich zum Beispiel Kabel einfach
aus der Fassung lösen, so dass der
Nutzer mit 230 Volt Spannung in
Kontakt kommen könne. 2002
lag die Mängelquote noch bei
fast 100 Prozent. (dpa)

ADVENTSKALENDER

Mineralöl in Schokolade

BERLIN | Die Stiftung Warentest hat in der Schokolade von Adventskalendern Rückstände von Mineralöl nachgewiesen. Verbraucher, besonderer Kinder, sollten diese Schokolade nicht essen, riet die Stiftung. Die Öle stammen wohl aus dem Karton aus Recyclingpapier, der mit mineralölhaltigen Farben bedruckt sei. Die Substanzen drangen vermutlich während der Lagerzeit ein, weil die Schokolade direkt im Karton liege. Laut Stiftung enthielten neun Produkte besonders kritische Stoffe, sogenamne aromatische Mineralöle. (dapd)

GELDMARKTPAPIERE

Bund kassiert beim Schuldenmachen

BERLIN | Der Bund hat beim Schuldenmachen erneut eine Prämie kassiert. Die Auktion von einjährigen Geldmarktpapieren spülte gestern mehr als 2,7 Milliarden Euro in die Staatskasse. Die Durchschnittsrendite für die Bubills lag laut Deutscher Finanzagentur mit minus 0,0085 bereits zum zehnten Mal in Folge im negativen Bereich. Auf der Suchen aach einem sicheren Parkplatz für ihr Geld begnügen sich Anleger mit Mini-Zinsen oder zahlen sogar Prämien, um in den Besitz von Bundeswertpapieren zu kommen. (rtr)

SAMSUNG-ZULIEFERER

Exzessive Überstunden in China

SEOUL | Bei der Produktion von Samsung-Geräten in China müssen manche Arbeiter exzessiv Überstunden leisten und bekommen hohe Strafen für Verspätungen oder Fehlzeiten. Von Samsung selbst in die Betriebe entsandte Prüfer bemängelten "unzureichende" Arbeitsbedingungen in den Werken in China, teilte der südkoreanische Konzern gestern mit. Beweise für Kinderarbeit hätten die Prüfer aber nicht gefunden. Dies hatte die US-Arbeitsrechtsorganisation China Labor Watch Samsung im September vorgeworfen. (afp)

DAX Deutscher Aktienindex	7286 (- 0,20 %)	
NAI Natur- Aktienindex	4828 (- 0,08 %)	9
EURO Preis in US-Dollar	1,2959 (+ 0,02 %)	
GOLD Preis pro Feinunze	1749 (+ 0,11 %)	9
ÖL Preis pro Barrel (Brent)	110,4 (- 0,11 %)	
CO ₂ Zertifikat für 1t Emission	6,75 (k. V.)	9
Stand: 18.00		

"Sodomie-Verbot ist Feigenblatt"

GESETZ Tierschutzbund begrüßt, dass Sex mit Tieren künftig geahndet werden soll. Angriff auf Zoophile

FREIBURG taz | "Endlich wird der sexuelle Missbrauch von Tieren verboten", sagt Thomas Schröder, der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Das Verbot sei aber nur ein "Feigenblatt", um die Untätigkeit in vielen anderen Bereichen des Tierschutzes zu kaschieren.

kaschieren.
Wie die taz am Montag berichtet hatte, soll Sex mit Tieren (auch Sodomie oder Zoophilie genannt) künftig mit bis zu 25,000 Euro Bußgeld geahndet werden. "Es ist gut, dass künftig keine Verletzung oder Verhaltensstörung des Tieres mehr nachgewiesen werden muss", sagt Schröder. "Es genügt, dass das Tier gefährdet wird."

das Tier gefährdet wird."
Schröder hat keine Zweifel,
dass für Tiere sexuelle Handlungen mit Menschen "artwidrig"
und damit schädlich sind. "Der
Hund will einen Hund und keinen Menschen." Er widerspricht
damit Michael Kiok vom Zoophilen-Verein Zeta, der in der taz erklärt hatte: "Jeder Rüde testet die
Wesen um sich herum, ob man
mit ihnen Sexspiele machen
kann." Schröder hierzu: "Jeder,
der solches Verhalten von Tieren
als Rechtfertigung nimmt, um
an ihnen seine eigene sexuelle
Lust zu befriedigen, benötigt
dringend einen Therapeuten."

Dem Tierschutzbund geht die geplante Gesetzesverschärfung nicht weit genug. Wir halten es für inkonsequent, solches Verhalten nur als Ordnungswidrigkeit zu werten und mit einer Geldbuße zu ahnden", sagt Schröder.

Der Tierschutzbund tritt seit Jahren dafür ein, Sodomie wieder als Straftat zu werten. Dies war bis 1969 der Fall. Dann könnten auch Freiheitsstrafen angedroht werden. "Es ist doch völlig unlogisch, dass die Verbreitung von Tierpornografie – also die Darstellung des sexuellen Missbrauchs von Tieren – strafbar ist, der Missbrauch selbst jedoch nicht"

Zu früh zum Feiern

Schröder warnte die Koalition, "sich jetzt für das Zoophilie-Verbot feiern zu lassen" Viele dringende Probleme seien von der Bundesregierung nicht angepackt worden, zum Beispiel die landwirtschaftliche Nutztierhaltung, die Qualzucht von Tieren und auch der Einsatz von Tieren in Zirkussen. Teilweise sei Schwarz-Gelb sogar noch hinter den Regierungsentwurf zurückgefallen, so beim Verbot von Brandzeichen zur Kennzeichnung von Pferden. Christian Rath

Teilsieg für Stromtrassengegner

ENERGIEWENDE Die Bundesnetzagenur verwirft den Neubau von 1.100 Kilometer Stromleitungen – aber nur vorerst. Anfang 2013 soll der Bundestag entscheiden



Bekommen weniger zu tun: Arbeiter an neuer Stromleitung Foto: dapd

VON MANUEL BERKEL

ion, BERLIN taz | Die Gegner des massenhaften Ausbaus des Stromringender in der in d

gestern die von ihr geprüfte Version des sogenannten Netzentwicklungsplans an Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) übergeben. Im Netzentwicklungsplan hatten die vier Betreiberunternehmen des deutschen Stromübertragungsnetzes im August dargelegt, welche neuen Stromtrassen bis 2022 gebaut werden sollen, um die Energieversorgung nach Abschalten der letzten Atomkraft-

werke sicherzustellen und die europäischen Energiemärkte miteinander zu verknüpfen.

Die Netzagentur sah jedoch für einen Großteil der Trassen keine Notwendigkeit. So sind beispielsweise zum jetzigen Zeitpunkt nur drei von vier HGÜ-Korridoren bestätigt worden", sagte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. Die neuraftige Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) soll hauptsächlich Strom aus nordeutschen Windenergieanlagen in die Ballungsgebiete im Süden und Westen Deutschlands bringen. Die Netzagentur war nicht von der Notwendigkeit des neuen 380 Kilometer langen Korridors B vom niedersächsischen Wehrendorf ins baden-württembergische Urberach überzeugt. Ebenfälls in der Schwebe ist die 670 Kilometer lange Trasse C zwischen Kaltenkirchen und Grafenrheinfeld.

Vorerst abgelehnte Vorhaben können nächstes Jahr neu geprüft werden

"Im Ergebnis bestätigen wir heute nur die Netzausbauvorhaben, die nach strengen Kriterien auch unter veränderten energiewirtschaftlichen Bedingungen unverzichtbar sind. Dies bedeut tet allerdings nicht, dass die anderen Maßnahmen dauerhaft als nicht erforderlich eingestuft werden. Sie können bereits im nächsten Jahr im Netzentwicklungsplan Strom 2013 erneut geprüft werden," sagte Homann.

Neben sieben Neubauprojekten mit Längen zwischen 16 und 670 Kilometern verwarf die Netzagentur auch 16 weitere Maßnahmen, bei denen entweder leistungsfähigere Seile an beste-

hende Strommasten gehängt oder neue Masten in bestehenden Trassen aufgestellt werden sollten. Die Netzbetreiber hatten auf 1,300 Kilometern Neubeseilungen vorgesehen und auf 2.800 Kilometern neue Leitungen in bestehenden Korridoren.

Noch im Dezember wird die Bundesregierung den Entwurf für das sogenannte Bundesbedarfsplangesetz verabschieden, das die Notwendigkeit der neuen Trassen gesetzlich festschreiben wird. Das letzte Wort hat Anfang nächsten Jahres der Bundestar, Anwohner werden es dann schwieriger haben, gegen die

Neubauprojekte zu klagen. Schon 2009 hatte die Bundesregierung den Neubau von 1.900 Kilometern neuer Trassen beschlossen. Wegen langer Planungszeiträume, Versäumnissen der Netzbetreiber und Protesten von Anwohnern sind aber erst 214 Kilometer gebaut.

Journalismus Zukunft Hilfe ja, Entlastung nein

WÖRT TÄT

SCHULDENKRISE Die Eurogruppe will Notkredite an Griechenland freigeben, doch nachhaltige Besserung ist nicht in Sicht – im Gegenteil. Spanien kann schon bald mit Hilfen aus dem Eurorettungsschirm rechnen

BRÜSSEL taz | Griechenland muss sich auf eine ungewisse Zukunft einstellen. Zwar wollten die Finanzminister der Eurozone gestern in Brüssel grünes Licht für neue Notkredite geben. "Wir werden eine Lösung finden", gab sich Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zu Beginn des Treffens zuversichtlich. Eine nachhaltige Entlastung, durch einen Schuldenschnitt, schloss Schäuble jedoch aus. Stattdessen drohen dem Land neue harte Auflagen.

Griechenland wartet seit Wochen auf die nächste, fest zugesagte Hilfstranche von 31,5 Milliarden Euro. Die Eurogruppe hat bereits zweimal über die Freiga-

be beraten, konnte sich jedoch nicht auf die Rahmenbedingungen einigen. IWF-Chefin Christine Lagarde fordert einen zweiten Schuldenschnitt, um den griechischen Schuldenberg bis 2020 auf ein gerade noch erträgliches Maß – rund 120 Prozent der Wirtschaftsleistung – zu drücken.

Deutschland und andere Euroländer sind jedoch strikt dagegen, weil sie damit erstmals auf Forderungen gegenüber Athen verzichten müssten. Österreichs Finanzministerin Maria Fekter deutete jedoch einen möglichen Schuldenschnitt ab 2014 an – nach der Bundestagswahl in Deutschland. "Es wird zwischen

2014 und 2016 ein Monitoring unseres Wegs geben", sagte Fek-

Unklar war zunächst noch, ob sich der IWF mit dieser Vertagung des Problems einverstanden erklären würde. Auch für die Zeit bis 2014 klafft noch eine Finanzlücke von rund 14 Milliarden Euro. Dieses Loch könnte jedoch durch Senkung der Zinsen auf die Hilfskredite sowie den Rückkauf von Staatsanleihen zu einem niedrigeren Preis gefüllt werden, hieß es in Brüssel.

Während die Details des neuen Griechenland-Pakets noch verhandelt wurden, stehen die nächsten Auflagen für Athen schonweitgehend fest. Man habe sich auf schärfere Kontrollen geeinigt, sagte Schäuble letzte Woche. So ist geplant, die neuen Hilfskredite auf ein Sperrkonto zu überweisen, so dass das Geld nur zum Schuldendienst genutzt werden kann – und nicht etwa für soziale Zwecke.

Bei einem anderen europäischen Sorgenkind geht alles offenbar schneller: Spanien kann
schon bald mit den ersten Milliarden aus dem Eurorettungsschirm ESM zur Stabilisierung
seiner Banken rechnen. Laut der
Nachrichtenagentur Reuters bescheinigt die Troika aus EU, IWF
und EZB den Iberern, alle geforderten Bedingungen für die Auszahlung zu erfüllen. ERIC BONSE

Sie geben dem Journalismus Zukunft

Die 260 jungen Talente, die sich in der taz Akademie bisher fortgebildet haben. Jährlich finden vier Workshops statt.

Die vielen HeldInnen des Alltags, die der taz Panter Preis ehrt, weil sie mit ihren Initiativen die Gesellschaft ein Stück menschlicher machen.

Die 2000 StifterInnen & SpenderInnen, die mit ihrem Spendengeld die Stiftung arbeitsfähig gemacht haben.

Jetzt spenden und die Projekte unterstützen!

* taz.panterstiftung

>>> Weitere Infos unter: www.taz.de/stiftung Telefon | 030 - 25 90 22 13

Spendenkonto: → taz Panter Stiftung

➤ taz Panter Stiftung GLS Bank Bochum Bankleitzahl 430 609 67 Konto-Nr. 11 03 71 59 00